

Der Textil-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin O 27, Magasinstr. 6/7 II
Fernsprecher: Königstadt 1006, 1076 und 1262. — Die Zeitung
erscheint jeden Freitag
Telegraphenadresse: Textilpraxis Berlin

Bereinzelt seid Ihr nichts — Vereint alles!

Anzeigen die sechsgehaltene Kleinzeile 75 Mark
Anzeigen- und Verbandsgebühren sind an Otto Zehms, Berlin D 27,
Magasinstraße 6/7 II (Postfachkonto 5386), zu richten. — Bezug
nur durch die Post. — Preis vierteljährlich 75 Mark

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Inhalt: Vom wirtschaftlichen Abgrund. — Potemkins Auferstehung. — Arbeiten und Sparen. — Goldmarkpreise. — Die französische Gewerkschaftsbewegung und Rußland. — Das Existenzminimum im Oktober 1922. — Die norwegischen Gewerkschaften im Jahre 1921. — Ausperrung der Arbeiter und Arbeiterinnen der Plüsch- und Möbelstofffabrik August Hübsch, Chemnitz, Wilhelmstr. — Soziale Rundschau. — Wirtschaftliches. — Gesundheitswesen. — Der Weber (Gedicht). — Berichte aus Fachreisen. — Literatur. — Bekanntmachungen. — Neue Beitragsmarken. — Berechnungstabelle betreffend. — Straßporto.

Am wirtschaftlichen Abgrund.

Seit dem Mord an Walter Rathenau ist die Mark in rasender Eile gefallen. Der Dollar ist auf über 8000 gestiegen. Der Fall der Mark zeigt an, wie es mit uns und unserer Wirtschaft steht. Wir stehen nicht nur an einem Abgrund, sondern wir sind schon dabei, in denselben zu versinken. Gerade das in der Zeit, wo die internationalen Sachverständigen in Berlin tagen, um eine Marktstabilisierung herbeizuführen, fällt die Mark in rasendem Tempo. Es ist dies ein Zeichen dafür, wie wenig Vertrauen man einmal zu Deutschland selbst hat und zum anderen aber auch den Arbeiten der finanzsachverständigen Kommission entgegenbringt. Wir haben seit vier Jahren wohl viel über den wirtschaftlichen Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft geredet und geschrieben, aber nichts Entscheidendes getan, um wirklich den Wiederaufbau zu ermöglichen. Wir haben zwar unsere Betriebe wieder in Gang gebracht, die Arbeitsleistungen haben sich wieder gehoben, aber noch nicht in dem Maße, daß der Ertrag unserer Wirtschaft die Ernährung unseres Volkes sicherstellt. Die Hauptschuld daran trägt zweifellos der unerfüllbare Friedensvertrag von Versailles. Solange an unseren Füßen das Bleigewicht dieses Friedensvertrages hängt, wird es uns unmöglich, die deutsche Wirtschaft der Gesundung entgegenzuführen zu können. Nicht nur der Wirtschaftsförderung Deutschlands ist krank, sondern auch die Siegerstaaten sind in erheblichem Maße von dieser Wirtschaftskrankheit infiziert worden. Es ist dies eine Folge der Gewaltpolitik, die auf die wirtschaftliche Struktur der Länder keine Rücksicht genommen hat. Gerade in den letzten Monaten zeigte sich ganz scharf, daß der Versall Deutschlands mit dem Versall Europas gleichbedeutend ist. Die Hilfe, die heute Deutschland gewährt werden muß, ist nicht nur im Interesse Deutschlands notwendig, sondern sie ist notwendig im Interesse der gesamten europäischen Wirtschaft. Ob der Weg, den die internationale Sachverständigenkonferenz in ihrem Gutachten vorgeschlagen hat, zu einer Gesundung führt, ist immerhin noch zweifelhaft, da gar nicht feststeht, ob wirklich die Mächte, die uns den Versailler Friedensvertrag aufgezwungen haben, die Vorschläge der Finanzsachverständigen annehmen werden. Es spricht zwar viel dafür, aber wir haben in den letzten Jahren soviel Ueberraschungen erlebt, daß wir nicht ohne weiteres anzunehmen geneigt sind, daß die Siegerstaaten die Gutachten der internationalen Finanzsachverständigenkommission beachten und sie zur Grundlage ihres künftigen Handelns machen werden.

Zweifellos ist richtig, daß auch in Frankreich die Stimmung über die deutsche Leistungsfähigkeit stark umgeschlagen hat. Man sieht auch dort ein, daß es eine Phrase war, als man den Franzosen fortgesetzt erzählte, daß Deutschland alles bezahlen würde und müßte. Die Rede, die Loucheur vor einigen Tagen in der französischen Kammer gegenüber dem Sozialisten Blum gehalten hat, zeigt deutlich auf diesen Umschwung der Stimmung in den französischen Regierungskreisen hin. Daneben hat selbstverständlich Loucheur auch Ausführungen gemacht, die unsererseits stark bekämpft werden müssen. Er hat die Schöpfung eines freien Rheinlandstaates verlangt. Was Loucheur hier ausgesprochen hat, ist nichts anderes als eine versteckte Annexion. Wenn Deutschland noch weiterer wertvoller Landesteile beraubt wird, so wird damit das Uebel noch weiter vergrößert. Gerade dadurch, daß man Deutschland um eine Reihe von Ländern beraubt hat, hat man die Grundlage der deutschen Wirtschaft in der schlimmsten Weise gefährdet. Sollte Loucheur diese Redewendungen nur deshalb angewandt haben, um die Franzosen zu beruhigen, weil man ihnen jetzt gestehen muß, daß Deutschland den Vertrag von Versailles nicht erfüllen kann, so wäre dies ein recht bedenkliches Mittel.

Die Sachverständigenkonferenz hat wohl keinen Zweifel darüber gelassen, daß, wenn Deutschland zu einer gesunden Wirtschaft gelangen will, es sich auf seine Selbsthilfe in erster Linie befinden muß. Daß es in erster Linie selbsthandelnd in die Dinge eingreift, damit dem weiteren Verfall der deutschen Wirtschaft Einhalt geboten wird. Aber gerade hier machen Sinnes und Konfidenz die größten Schwierigkeiten.

Der Erfolg der Stabilisierung der Mark hängt in erster Linie von dem Gleichgewicht des Staatshaushaltes ab. Wir müssen in die Lage kommen, die Ausgaben mit den Einnahmen balancieren zu können. Es ist ganz klar, daß dies bei der gegenwärtigen Wirtschaft außerordentlich schwierig ist. Wir haben eine stark passive Handelsbilanz. Der Ausgleich des Reichshaushaltes ist mit der Handelsbilanz aufs innigste verknüpft. Für die Hebung der Handelsbilanz sind ja in der letzten Zeit eine Reihe Vorschläge gemacht worden. Mehr arbeiten! Mehr produzieren!

In der Produktionssteigerung liegt tatsächlich die Zauberformel, durch welche wir zu einer aktiven Handelsbilanz kommen können. Die Vorschläge, die für die Produktionssteigerung gemacht worden sind, bewegen sich fast ausschließlich in der Forderung: Beseitigung des achtstündigen Arbeitstages. Man glaubt durch Verlängerung der Arbeitszeit eine Steigerung der Produktion herbeizuführen. Der Kampf gegen den achtstündigen Arbeitstag ist in vollem Gange. Das gesamte Bürgertum verlangt ohne Unterschied die Beseitigung des achtstündigen

Arbeitstages. Wir haben schon wiederholt in einer Reihe von Aufsätzen darauf hingewiesen, daß nicht durch die Verlängerung der Arbeitszeit eine Vermehrung der Produktion herbeigeführt werden kann. Eine Produktionssteigerung kann nur herbeigeführt werden durch betriebstechnische Verbesserungen und durch Anwendung besserer Arbeitsmethoden. Es wäre in den verschiedensten Zweigen der Industrie möglich, schon hierdurch die Produktionsleistungen ganz wesentlich zu steigern. Im weiteren dürfen wir nicht verkennen, daß heute ein größerer Teil unseres Volkes in der Warenverteilung (Handel), in Bureaus usw. tätig ist und somit produktive Leistungen nicht vollbringt. Dies belastet unsere Wirtschaft besonders stark. Genosse Dr. Striemer hat dies ja vor kurzem recht trefflich geschildert. Es müssen deshalb Mittel und Wege gesucht werden, diese unproduktiv tätigen Kräfte aus ihren bisherigen Stellungen herauszuziehen und sie unter die produktiv tätigen Kräfte des Volkes einzureihen. Freilich, auch nach dieser Richtung hin sind uns gewisse Grenzen gezogen. Es wird dies nur insoweit möglich sein, als Maschinen und technische Hilfsmittel vorhanden sind. Aber immerhin wissen wir, daß, z. B. auch in der Textilindustrie, noch vielfach Maschinen stillstanden, und dieses wird auch in anderen Industriezweigen der Fall sein. Hier muß Hand ans Werk gelegt werden, um die vorhandenen Lücken auszufüllen und die Produktion zu fördern. So wie die Unternehmer glauben die Produktion zu fördern, kann die Arbeiterschaft ihnen nicht mitfolgen, weil tatsächlich das Ergebnis einer Verlängerung der Arbeitszeit nicht zu dem erwünschten Resultat führen würde.

Aus Unternehmerkreisen wird der Vorschlag gemacht, den Export in einer stärkeren Weise zu fördern. Man verlangt deshalb die Beseitigung der Ausfuhrabgaben. In der „Leipziger Wochenschrift für die Textilindustrie“ wird gefordert, daß man den Export fördern solle, und zwar auch auf Kosten des Inlandsbedarfes und auf Kosten der inneren Preispolitik. So sehr wir einer aktiven Handelsbilanz bedürfen, so können wir dieser Forderung doch keineswegs zustimmen, weil sie auf Kosten der inneren Berarmung unseres Volkes erfüllt würde.

Bei der Förderung des Exportes muß einmal eins im Auge behalten werden, daß nicht die Preise der Produkte zu niedrig gehalten werden, und daß schließlich unsere Konkurrenz im Auslande als Schmutzkonkurrenz empfunden wird. Gerade weil wir in der ersten Zeit, als sich unser Export wieder entwickelte, unsere Waren zu billig auf den Weltmarkt geworfen haben, fühlten sich die mit uns konkurrierenden Länder gezwungen, durch hohe Zollmauern die deutsche Wareneinfuhr zu verhindern. Aus diesem Grunde heraus haben wir nicht der stetigen Förderung unseres Exportes gebient, sondern der Export ist hierdurch in der schlimmsten Weise geschädigt worden. Wir glauben deshalb nicht, daß die Ausfuhrabgabe der Förderung des Exportes hindernd im Wege stehe. Es geht aber auch nicht an, daß der Export auf Kosten des Inlandsbedarfes gefördert wird, noch dazu auf Kosten der inneren Preispolitik. Wenn dies gewünscht wird, dann müßte sich die Industrie dazu verstehen, noch weit „höhere“ Löhne zu zahlen, als dies gegenwärtig der Fall ist, denn eine weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der deutschen Arbeiterschaft müßte sich geradezu verhängnisvoll gestalten und die Produktion in der ungünstigsten Weise beeinflussen. Mit solchen Experimenten, wie die Industrie sie vorschlägt, mag es wohl möglich sein, daß sie sich stark bereichern kann auf Kosten der allgemeinen Volkswohlfahrt. Wir müssen aus diesem Grunde auch diese Vorschläge des Unternehmertums entschieden ablehnen. Unser Export kann nur gefördert werden durch Herstellung technisch hochqualifizierter Artikel. Nur wenn wir auf technischem Gebiet das Höchste zu leisten in der Lage sind, werden wir uns den Weltmarkt erobern können. Dann wird nicht die Preisfrage das Ausschlaggebende sein, sondern der Wert und die Güte der deutschen Arbeit, und hierin liegt der Kernpunkt. Mit großem Masseneport wird unserer Wirtschaft nicht allein gedient sein. Aus diesem Grunde müssen wir wohl oder übel dazu kommen, unsere technischen und sonstigen Leistungen viel höher zu stellen, als dies heute wirklich der Fall ist. Versuchen wir also zunächst die unproduktiv tätigen Kräfte soweit wie möglich in die Produktion einzureihen, und versuchen wir auf der anderen Seite, die deutsche Arbeit technisch höher zu stellen, dann wird es uns auch möglich sein, die gegenwärtigen Widerstände innerhalb unserer Wirtschaft zu meistern. Die neuerliche Marktfestung hat eine stürmische Preissteigerung hervorgerufen. Noch niemals dürften die Arbeitslöhne so weit hinter den Preisen zurückgefallen haben, wie dies gegenwärtig der Fall ist. Ein jeder Marksturzhut hat wohl immer die Differenz zwischen den Marktpreisen und den Arbeitslöhnen größer werden lassen. Gegenwärtig ist die Spanne aber eine allzu große geworden, die des schleunigen Ausgleichs bedarf. Nach der „Frankfurter Zeitung“ ist der Gesamtindex für 98 Waren für Anfang November auf 94,492 gegen 43,223 Anfang Oktober gestiegen. Das bedeutet, daß das Preisniveau im Großhandel das rund 945fache der Friedenspreise erreicht hat.

Die Gefahren für die Ernährung unseres Volkes haben sich ganz erheblich vermehrt, und erst vor kurzem ist aus Regierungsmunde erklärt worden, daß man mit großer Besorgnis dem kommenden Winter entgegensteht, und zwar einmal aus dem Grunde, weil die Ablieferung von Getreide durch die Landwirtschaft stark im Rückstand geblieben ist, und zum anderen deshalb, weil durch die ungeheuerliche Entwertung der Mark es dem Reich nicht möglich ist, die notwendigen Nahrungsmittelmengen im Auslande zu kaufen. Die Situation ist gefährdend.

Es ist daher geradezu verbrecherisch, wenn die gegenwärtige Zeit von Seiten der Schwerindustrie dazu ausgeht, wird,

das Kabinett Wirth zu Fall zu bringen, um sich hierdurch in den Besitz der politischen Macht zu setzen. Während der Zeit als die internationale Sachverständigenkommission in Berlin tagte, hat die Schwerindustrie gegen das Kabinett Wirth in einer Art und Weise intrigiert, die man sonst als Hochverrat bezeichnen würde. Die Sinnes und Konfidenz wollen unter allen Umständen die Bahnen frei bekommen für eine rücksichtslose Interessenspolitik. Das Hauptziel, das sie dabei verfolgten, ist die Beseitigung des achtstündigen Arbeitstages, damit verbunden die Aufbahrung aller Lasten auf die Schultern des Arbeiters. Die deutsche Arbeiterschaft mag die Augen offen halten und dafür sorgen, daß die gegenseitige Bekämpfung aufhört, damit alle Kräfte frei werden zum Kampf gegen das Kapital. Bekämpft sich die Arbeiterschaft weiter in der Form, wie dies gegenwärtig geschieht, und wie dies die sächsische Landtagswahl gezeigt hat, dann wird schließlich der Tag nicht mehr fern sein, wo die Kapitalistenklasse über die Arbeiterschaft triumphiert.

Deshalb Schluß mit dem Bruderkampf! Die Front gegen das Bürgertum gerichtet! Das mag die Parole der Arbeiterschaft sein!

Potemkins Auferstehung.

Durch einen besonderen Zufall erfuhren wir, daß zu einem bestimmten Termin der Ausfuhrabgabenausschuß des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates in der Leipziger Str. 5, Portal 1, eine Sitzung habe, in welcher über eine anderweitige Regelung der Ausfuhrabgabe für ein bestimmtes Wirtschaftsgebiet der deutschen Textilindustrie verhandelt werden sollte. Da wir noch gehört haben, daß zu dieser Sitzung auch Arbeitgeber und Arbeitnehmer geladen waren, so gingen einige unserer Kollegen hin, um zu erfahren, was für eine Stellung in dieser wichtigen Frage der Reichswirtschaftsrat einnimmt. Bevor wir dort jedoch in das „Allerheiligste“ eingelassen wurden, mußten wir unsere Namen in eine Liste einzeichnen. Mit dieser Namenszeichnung war über unser ferneres Schicksal eine wichtige Entscheidung gefallen. Es wurde uns von dem dort dienstbaren Geist eröffnet, daß wir Sachverständige wären und im Nebenzimmer bis zum Aufruf Platz zu behalten hätten. Als brave Untertanen fügten wir uns ohne Widerspruch — hier wäre auch jeder Widerspruch vergebens gewesen — und harrierten nun der Dinge, die da kommen sollten. In dem uns angewiesenen Zimmer warteten bereits eine Anzahl Herren, denen man ohne weiteres die Unternehmern ansah. Ebenso mußten wir noch registrieren, daß auch ein Arbeitervertreter anwesend war, der uns persönlich als Vertreter einer christlichen Gewerkschaft bekannt ist. Mittlerweile hatten sich auch noch weitere Personen eingefunden, denen man den Arbeiterstand ansah; darunter auch 2 Arbeiterinnen. Neugierig, wie wir nur einmal sind, befragten wir die Arbeiterinnen, wer sie zur Sitzung eingeladen habe, und erfuhren nun, daß dies durch ihren Arbeitgeber geschehen sei. Sie wollten ebenfalls für die Beseitigung der Ausfuhrabgabe eintreten, da die Ausfuhrabgabe daran schuld sei, daß sie gegenwärtig nur 4 Tage in der Woche arbeiten.

Jetzt wurde für uns die Situation völlig klar. Der Verband der deutschen Industrie hatte „ein feines Ding gedreht“. Um eine einheitliche Auffassung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in dem Abgabenausschuß des Reichswirtschaftsrates über die Wirkung der Ausfuhrabgabe vorzutauschen und die Beschlußfassung über die Abgabenerordnung in seinem Sinne zu beeinflussen, hatte der Verband der deutschen Industrie den Interessententzweigen der Industrie von der Ausfuhrabgabe Kenntnis gegeben und sie gebeten, dort mündlich ihre Auffassung über die Wirkung der Exportabgabe besonders zu vertreten. Es wurde auch gesagt, es empfehle sich auch, hierzu Arbeitnehmer mitzubringen. Dem Reichswirtschaftsrat sollte vorgeschlagen werden, daß auch die Arbeitnehmer für die Beseitigung der Exportabgabe eintreten, obwohl diese Arbeitnehmer gar keine Mandate von den hierzu berufenen Organen der Arbeitnehmerschaft hätten.

Nachdem wir bereits stundenlang gewartet hatten — während welcher Zeit in dem Ausfuhrabgabenausschuß große Reden geschwungen wurden —, wurde uns erklärt, daß über eine ganze Reihe wichtiger Wirtschaftsgebiete der Textilindustrie die Stellung des Reichswirtschaftsrates zur Ausfuhrabgabe fundgegeben werden solle. Endlich brach der Bann; wir wurden aufgerufen. Nach dem Eintritt in das „Allerheiligste“ wurde sofort ein Arbeitnehmervertreter aufgeföhrt, sich gutachtlich über die Wirkung der Ausfuhrabgabe auf die Textilindustrie zu äußern. Wir haben daraufhin zuerst unseren Bedenken darüber Ausdruck verliehen, daß in solcher Weise die „Sachverständigen“ zu dieser Beratung des Reichswirtschaftsrates herangezogen würden. Wir erklärten, daß eine große Anzahl Arbeitgeber anwesend seien, die ihrerseits noch Arbeiter aus den Betrieben mitgebracht hätten, die dort jedenfalls die Auffassung der Arbeitgeber unterstützen sollten, aber von berufener Arbeitnehmerseite kein Mandat hätten, sich irgendwie gutachtlich zu dieser Frage zu äußern. Daraufhin unterbrach uns der Vorsitzende des Reichswirtschaftsrates und erklärte: „Der Reichswirtschaftsrat ladet überhaupt keine Sachverständigen. Die Sachverständigen sind geladen durch den Deutschen Industrieverband. Der Reichswirtschaftsrat hat kein Geld, Sachverständige zu laden und zu vernehmen.“ Die Sachverständigen der Industrie und auch die Arbeitnehmer waren auf die Einladung des Deutschen Industrieverbandes zur Sitzung gekommen. Für die Kosten der noch im Betriebe tätigen Arbeiter, die doch auch Arbeitszeitverlust hatten, kommen selbstverständlich die Arbeiter auf.

Wie der christliche Vertreter zu dieser Einladung gekommen ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Bemerkten wollen wir jedoch, daß seine Ausführungen sich vollkommen mit denen der Industriellen deckten.

Daß man an einer derartigen Stelle wie dem Reichswirtschaftsrat nach solchen berühmten Potemkinschen Vorbildern sogenannte Sachverständigen gutachten abnimmt, um die Gesetzgebung zu beeinflussen, geht doch wahrhaftig über die Hutshorn. Die Sache hat aber auch noch eine andere Seite. Da der Reichswirtschaftsrat Sachverständige nicht ladet, andererseits aber Sachverständige hört, ohne nachzuprüfen, ob sie von einer bestimmten Wirtschaftsvereinigung ein Mandat haben, so ist folgendes gegeben: Jeder, der Zeit und Lust dazu hat und zufälligerweise an der Leipziger Straße 5, Portal 1, vorüberkommt, kann hineingehen, und wenn der Reichswirtschaftsrat tagt, dann trägt er seinen Namen in eine Liste ein, wodurch er mit oder wider Willen „Sachverständiger“ wird. Er kann dann über alles Mögliche und Unmögliche sein „Sachverständiges Urteil“ abgeben. Schade, daß der alte Schuster Vogt gestorben ist; hier fände er ein neues Feld für seine Betätigung.

Arbeiten und Sparen.

Von Paul Szende-Wien.

In dieser furchtbaren wirtschaftlichen Krise ist jede Forderung nach Herabsetzung der Ausgaben und nach Erhöhung der Produktion und des Einkommens durch gesteigerte Arbeit der ernstesten Beachtung würdig. Was uns kopfscheu macht, ist die merkwürdige Tatsache, daß besonders diejenigen Parteien und Zeitungen, welche sich für den Krieg am meisten begeisterten. Der Krieg war doch eine riesenhafte Arbeitseinstellung. Millionen von Arbeitern wurden der produktiven Arbeit entzogen und an die Front geschickt. Es war zugleich eine ungeheure Verschwendung. Das Leitmotiv der Kriegswirtschaft lautete: Kostet, was es wolle. Woher diese Wendung?

Arbeit wird jede körperliche und geistige Kraftentfaltung genannt. Doch nicht jede Arbeit ist gesellschaftlich nützlich, ja für die Mehrheit der Gesellschaft wäre es besonders vorteilhaft, wenn gewisse Arbeiten nicht mehr geleistet werden könnten. In Deutschland gab es vor der Revolution 22 Fürsten, die gewöhnlich sehr geschäftig und arbeitsfrohe Herren waren. Sie unterschrieben eine Unzahl von Akten, verliehen Orden und Titel, hielten ermüdende Audienzen, Truppenrevuen ab, reisten hin und her. Um ihre Person „arbeitete“ eine große Schar von vornehmen und gewöhnlichen Lakaien. Seitdem sie alle arbeitslos geworden sind, sieht man, wie überflüssig ihre Tätigkeit war. Allerdings gibt es große Gruppen, die noch immer der Meinung sind, daß diese allerhöchste Arbeit für sie von besonderem Nutzen war und sehen wieder die Zeit zurück, wo diese Aussperrung aufhören wird.

Militär, Kirche und hohe Bürokratie waren stets die Hauptstützen der Klassenherrschaft. Auch ihre Funktionäre leisteten Arbeit, wenn auch ihre Anstrengung, besonders die der geistlichen Herren, keine übergroße war. Die Großgrundbesitzer verwalten ihre Güter und erparen dadurch die Arbeit zahlreicher Bauern, die infolgedessen nicht zum Grund und Boden kommen konnten. Man muß zugeben, daß die Valutaspekulanten, Preistreiber und Schieber vom Frühlingsmorgen bis zum Spätabend arbeiten, sich abrackern und heiser schreien. Wäre es für die Gesellschaft doch nicht nützlich, wenn man diesen Herren das Handwerk legte und sie zur Arbeitseinstellung zwänge?

Wie man sieht, gibt es eine Unmenge von Arbeit, für die mehr das Schlagwort „Nicht arbeiten“ passen möchte. Es sind meistens solche Tätigkeiten, welche nach der bisherigen Auffassung als besonders vornehm galten.

Wenden wir nun unsere Blicke zu der großen Masse der unvornehmen Arbeiter, Angestellten und Beamten. Auf sie ist dieses Schlagwort besonders gemünzt, ihnen gegenüber enthält es den gar nicht leisen Vorwurf, daß sie nicht genug arbeiten. Die Verfünder dieses Schlagwortes befehlen grimmig den Achtstundentag und die jüngsten sozialpolitischen Befehle, welche die Unternehmer an der Ausdehnung der Arbeitszeit hindern. Nun feiern aber in Amerika, in England Millionen von Arbeitern, von den übrigen Ländern gar nicht zu sprechen. Man schließt die Fabriken, bläst die Hochöfen aus, die Arbeitszeit wird überall verkürzt, weil die Aufrechterhaltung der Betriebe den Industriellen nicht einträglich genug erscheint. Das Verlangen nach ausgiebigen Kostbarkeiten wird höhnhisch verlacht, die Sozialisierung der Betriebe vereitelt. Es ist aus mit der Heiligkeit der Arbeit, sobald die Kapitalisten den Profit für zu niedrig erachten.

Das Sparen ist der Zwillingbruder des Arbeitens, es wird ebenso inbrünstig von den Massen verlangt. Was ist Sparen? Ein Teil des Einkommens wird nicht ausgezehrt, sondern aufbewahrt oder verzinslich angelegt. Die Möglichkeit und die Pflicht des Sparens steht im geraden Verhältnis zu der Höhe des Einkommens. Die vermögenden Klassen leben aber trotz der trüben Zeiten zu gut und zeigen keine Miene zum Sparen. Eine wirksame Art des Sparens wäre z. B. auf große Wohnungen zu verzichten. Will man aber diese Leine durch Anforderung eines Teiles ihrer Wohnungen zum Sparen veranlassen, so klagen sie über Bolschewismus. Jede Einschränkung des Luxus löst bei ihnen wütende Angriffe aus, der Handel, die Industrie, der Mittelstand werden ins Treffen geführt, ihr Untergang als bevorstehend erklärt. Die Zahlung hoher direkter Steuern bedeutete ein Ersparnis zugunsten des Staates, die Betroffenen wollen aber davon nichts wissen.

Es bleibt nur die Arbeiter- und Angestelltenklasse übrig, von der die Tugend des Sparens in vollstem Maße verlangt wird. Wie sollen die Arbeiter sparen? Ihre Wohnungsverhältnisse haben sich seit der Revolution etwas verbessert, doch würden wir jedem Apostel des Sparens solche Wohnungen wünschen, wie die, in denen die große Masse der Arbeiter wohnt. Kein anständiger Mensch kann behaupten, daß die Ausgaben der Arbeiter für Kleidung und Nahrung reduziert werden können. Es ist nur ein einziger Posten im Arbeiterbudget, der lieber zur Erhöhung des Nahrungsaufwandes verwendet werden sollte: die Ausgaben für den Alkoholgenuß. Doch sehen wir überall, wie die bürgerlichen Parteien jeden ersten Schritt zur Einschränkung des Alkoholismus wegen der hohen Profite der Alkoholindustrie zu verhindern wissen.

Allerdings besitzt der Kapitalismus ein unfehlbares Mittel, das zur Sparsamkeit bewegt: er zwingt die Arbeiter durch seine Preistreiberei, von der Befriedigung der allerdingsten Lebensbedürfnisse Abstand zu nehmen. Entläßt er die Arbeiter massenhaft, so tritt für diese wirklich ein idealer Zustand des Sparens ein, man kann am besten sparen, wenn man kein Einkommen hat.

Das Bauerntum ist auch ein Nutznießer der Kriegs- und Zusammenbruchskonjunktur. Jeder Versuch, solche Steuermaßnahmen durchzuführen, die die Bauern zum Sparen zwingen, erweist sich als erfolglos. Selbst die Bürokratie nimmt sie nicht ernst, weil das Bauerntum jetzt eine der stärksten Schutzgruppen des Kapitalismus und der Klassenherrschaft und infolgedessen das Tabu, das Rührmichnichtan der jetzigen Politik geworden ist.

Zum Schluß wollen wir noch das Bild desjenigen Arbeiters entwerfen, der das Ideal des Arbeitens und Sparens verkörpert. Dieser Brautmensch arbeitet — wohlgerne, solange die Geschäftskonjunktur herrscht — 12 bis 14 Stunden täglich, verzichtet auf den Achtstundentag, für die geleisteten Leberstunden verlangt er keinen Lohn, denn sein sehnlichster Wunsch ist, daß die Industrie dem Auslande gegenüber konkurrenzfähig bleibe. Und wer soll dafür Opfer bringen, wenn nicht der Arbeiter, der doch von der Industrie lebt? Er verlangt niemals Lohnverhöhung, nimmt an den Streiks nicht teil. Sobald die Konjunktur zurückgeht, verzichtet er einfachsvoll auf einen Teil seines Lohnes, der Arbeitgeber darf nicht weniger verdienen als früher. Denn wovon lebt der Arbeiter, wenn der Unternehmer keinen Ansporn hat, ihn arbeiten zu lassen? Seht man ihn auf die Straße, so tröstet er sich damit, daß wenigstens der Unternehmer die Betriebskosten erspart. Um die Lohnverteilung auszugleichen, hält er in seinem Kabinett Untermieter und Bettgeber, ist nur einmal des Tages, kauft keine Kleidungsstücke mehr und besucht eifrig die Kirchen. Aus der Gewerkschaft ist er nur ausgetreten, um die Mitgliedertage zu ersparen. Sein erspartes Geld hinterlegt er zinsfrei bei einer Großbank, um die schwierige Lage derselben zu erleichtern.

Unser ganzes Unglück stammt daher, daß sehr wenige solcher Idealmenschen auf der Welt frei herumlaufen.

Goldmarkpreise.

Mit der Entwertung der Mark werden die Preise für alle Lebens- und Bedarfsartikel in eine unermeßliche Höhe getrieben. Die Arbeitslöhne stehen zur Teuerung in keinem Verhältnis mehr. Die Unternehmer versuchen dabei immer noch nach Lohnzahlungs- methoden, um die Löhne der Arbeiter zu senken. Dabei ist festzustellen, daß noch niemals es möglich war, bei Lohnverhandlungen die Löhne entsprechend der Markentwertung und der Preissteigerung festzulegen. Die Unternehmer machen allerlei Einwände und er-

zählen fortgesetzt der Arbeiterschaft, daß sie infolge der wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht in der Lage wären, höhere Löhne zu zahlen. Es steht aber fest, daß die Unternehmer ständig mit der Verschlechterung der Valuta die Preise ändern. Die Textilunternehmer rechnen heute allenthalben in Goldmark. Hierfür folgende Beweise:

Gültig ab 18. Oktober 1922.

Abänderungen der Verkaufs-, Lieferungs- und Zahlungsbedingungen Nr. 1/1922 vom 1. Januar 1922. (Zusammenfassung sämtlicher zurzeit gültigen Abänderungen.)

1. Goldmarkklausel. Die Preise verstehen sich in Goldmark. Für die Goldmark können Papiermark gezahlt werden, umgerechnet nach dem Berliner amtlichen Dollarkurs (Brief) des Tages vor dem Tage des Abganges der Zahlung bei einer Parität des Dollars von 4,20 Mk.; ist der nach dem Dollarkurs am Tage vor dem Fälligkeitstage sich ergebende Papiermarkbetrag höher als am Tage vor dem Tage des Abganges der späteren Zahlung, so ist der höhere Betrag zu zahlen.

2. Zu § 12, Abs. 1 (Verpackung): Verpackungskosten werden mit 1/2 Proz. des Warenrechnungsbetrages berechnet. Abs. 2 bleibt unberührt.

3. § 21 (Zahltermin) erhält folgende Fassung: Rechnungen vom 1. bis 15. des Monats sind zahlbar am 22. des gleichen Monats rein netto ohne Abzug; Rechnungen vom 16. bis 30. des Monats sind zahlbar am 7. des folgenden Monats rein netto ohne Abzug.

4. § 23 (Vor- und Verzugszinsen) erhält folgende Fassung: Vorzinsen für berechnete Ware werden mit 2 Proz. über Reichsbankdiskont, jedoch mit mindestens 8 Proz. berechnet. Der Monat wird hierbei mit 30 Tagen verrechnet. Die Berechnung der Vorzinsen erfolgt am Tage der Abfindung der Zahlung bis zum Fälligkeitstage ausschließlich.

Der Arbeit Dank.

„Man immer jäh! De Johr entlang. Wardst du mal oft un swad und krank Und tannst den Haten nich mir räuten, Denn möt w' di anner Arbeit säulen. Föhr slichtern Lohn: Dat is din Dank! Man immer jäh! Feld up, Feld dal! All Ding heft jo en Ein' einmal. Rin in den Sara! Den Dedel tau! In't käule Grass, dor findst du Raah. Man immer jäh! Wat helpt Gestöhn? Man immer jäh! An denn för wen? Wo blift un dunner dat in sin Hart! Wo ret hei herute den Hatenstark! Wo ret hei herute de harte Schull! As wenn hein' Grass hier graven wull. För wen? För wen? — Du Hund, för di! Oh, still doch, Hart! Man immer jäh!“

Fritz Reuter.

Verzugszinsen werden mit 12 Proz. berechnet zuzüglich derjenigen Prozentsätze, um die die Kreditbanken den Zinsfuß vom 21. August 1922 erhöhen.

Vorauszahlung vor Berechnung der Ware ist nur nach vorheriger Vereinbarung zulässig; hierfür darf keine höhere Zinsvergütung als 1 Proz. über den jeweiligen Reichsbankdiskont gewährt werden.

5. § 24 (Zahlungsmittel und -weise) erhält in Abs. 2 folgenden Zusatz: Porto- und Gebührenabzüge für Zahlungsanzeigen und Bar-, Check-, Postcheck- oder Banküberweisungen sind nicht gestattet.

Für veranlagte Mahnungen ist das verursachte Porto vom Käufer zu bezahlen.

gez. Vereinigung deutscher Kongrestoff-, Gardinen- und Tapiseriestoffweberinnen E. B. zu Plauen i. V.

II.

Nr. 15/1922.

Gültig am 30. Oktober 1922.

Goldmarkklausel

der Vereinigung deutscher Kongrestoff-, Gardinen- und Tapiseriestoffweberinnen E. B. zu Plauen i. V.

Die Preise verstehen sich in Goldmark. Für die Goldmark können Papiermark gezahlt werden, umgerechnet nach dem Berliner amtlichen Dollarkurs (Brief) des Tages vor dem Tage des Verbandes (Verbandtag-Rechnungsdatum) bei einer Parität des Dollars von 4,20 Mk. Wird der Rechnungsbetrag später als am Fälligkeitstage bezahlt, so ist der nach dem Dollarkurs am Fälligkeitstage sich ergebende Papiermarkbetrag und, wenn der nach dem Dollarkurs am Tage des Verbandes oder am Tage vor dem Tage des Abganges der späteren Zahlung sich ergebende Papiermarkbetrag höher ist, der jeweilig höhere Betrag zu zahlen.

Unsere Kollegen im Lande werden gut tun, wenn sie bei Lohnverhandlungen den Textilfabrikanten die vorstehenden Verkaufs-, Lieferungs- und Zahlungsbedingungen unter die Nase halten.

Die französische Gewerkschaftsbewegung und Rußland.

Unter diesem Titel verteidigt H. Dubreuil in der „Soz. Information“ die französischen Gewerkschaften gegen kommunistische Vorwürfe wie folgt:

Die französische Gewerkschaftsbewegung hat erregte Jahre durchlebt, während welcher ihre Vertreter, in der Hitze der Polemik Schläge austeilend und empfangend, oft nicht Zeit hatten, ihre Gedanken zu sammeln, um sich ein rechtes Urteil über eine gewisse Anzahl von Dingen zu bilden, die doch eine gewisse Aufmerksamkeit verdient hätten. So ist es auch mit der Stellung der französischen Gewerkschaftsbewegung hinsichtlich der russischen Revolution. Von Seiten deren Leiter ungedachte Angriffe erleidend, haben die Gewerkschafter eine Verteidigungsstellung einnehmen müssen, indem sie auf Beleidigungen und Einwürfe durch Betonung ihrer Unabhängigkeit antworteten. Und sie sind seitdem gegenüber dieser ansehnlichen historischen Bewegung in bizarrer Stellung geblieben, die niemand von ihnen wirklich gewollt hat.

Ist es heute möglich, uns einer Prüfung zu unterwerfen, die frei von jedem leidenschaftlichen Anflug wäre? Können wir die Tatsachen, die sich uns darbieten, in geistiger Unabhängigkeit und mit unserer ganzen Freiheit des Urteils studieren?

Ich glaube, daß der Moment gekommen ist, wo diese Haltung nun möglich ist. Unsere Bewegung, unsere Tendenz sind Objekt der heftigsten Angriffe gewesen, und eine solche Lawine von Injurien ist auf unsere Truppe niedergelassen, daß sie bei irgendeinem Individuum als eine unübersteigbare Ranküne angesehen werden könnte. Kann die Arbeiterbewegung, wie eine isolierte Individualität, verwundet durch infame Verleumdungen, sich für immer in einer Haltung der Entfernung und der Feindschaft einschließen? Das kann nicht sein. Die Ereignisse rollen sich mit wuchtiger Folge ab und in ihrer Mitte muß die Arbeiterbewegung, die überragende Persönlichkeiten, mehr als einen Mann in dem Gemenge verlor, ihre Haltung ganz allein nach der Vernunft einrichten.

Das ist das Gefühl, von dem ich den friedlichen Einfluß heraufbeschwören möchte, um zu versuchen, den Lärm der verflochtenen Erörterungen zu vergessen, und von dem aus ich an die Betrachtung unserer Stellung hinsichtlich der russischen Revolution mit der ganzen notwendigen Ruhe herangehen will.

Es handelt sich für mich nicht darum, mich irgendeiner unnötigen Doktorarbeit über das Gute oder das Schlechte, das in dieser Republik der Sowjets, die wir so schlecht kennen, befehlen kann, zu unterziehen. Es besteht in der Tat eine gewisse Müdigkeit der Kritik, welche letztere sich unglücklicherweise in gewissen Momenten als gerechtfertigt erweist, doch welche man fürchtet allmählich zu einer systematischen Opposition herabgleiten zu sehen, von der das Ende schwer abzusehen ist. Diese Kritik ruft, wenn sie ihren Zweck überschreitet, andererseits eine natürliche Reaktion hervor, die sich im Gegenteil umsetzt in blinde Bewunderung von allem, was die russischen Streiter tun und sagen können. Es ist gewiß, daß diese beiden Extreme gleich bedauerlich sind und daß sie keineswegs die Geister zu einer gesunden Auffassung der russischen Dinge vorbereiten.

Sagen wir deshalb beherzt, daß wir, obwohl Gewerkschafter, besonders geneigt sind, diese Ereignisse und diese Tatsachen zu schätzen, indem wir freimütig jede Anklage zurückweisen, die darauf abzielt, uns als systematische „Antibolschewisten“ hinzustellen. Die neulichen Proteste des Bürgers Hamon in der „Ere Nouvelle“ können uns z. B. nicht treffen. Unser Urteil ist zu frei, unsere Haltung zu klar, um diese Vorwürfe zu verdienen, die sich nicht an die Gesamtheit der Arbeiterbewegung richten können. Unsere Streiter haben zu oft festgestellt, trotzdem es ihnen sehr schwer ist, sich genau über Rußland zu informieren, daß die Russen, welcher Partei sie auch immer angehören, bei ihrer Rivalität eine Leidenschaft offenbarten, die stets verhindert, daß man sich gegenseitig Gerechtigkeit widerfahren lasse. Diese einzige Beobachtung genügt ihnen selbst, um nur mit Vorsicht Behauptungen aufzunehmen, in denen sie gerechterweise von dieser oder jener Seite irgendeine Übertreibung argwöhnen können.

Es ist nicht mehr unnütz, daran zu erinnern, daß niemand mehr als wir mit aufrichtiger Begeisterung den Ausbruch der revolutionären russischen Bewegung begrüßt haben. Ich bewahre noch die Erinnerung davon an eine leidenschaftliche Kuriosität und die glühende Sympathie aller, die im Jahre 1917 Vertreter des Sowjets von Petrograd sich nähern konnten, als sie nach Paris kamen; alle wollten die Ehre haben, ihnen die Hand zu drücken.

Er sagt dann, die französischen Arbeiter waren und sind noch innig an die Erfolge der russischen Revolution gebunden, und wenn die Russen etwas anderes glaubten, so seien sie falsch unterrichtet. Doch die Sympathie der französischen Arbeiter für die russische Revolution führe sie nicht zu blinder Zuneigung, und die Russen hätten entschieden unrecht, wenn sie glaubten, der Weg, den sie eingeschlagen haben, die Mittel, die sie anwandten, müßten blindlings überall eingeschlagen und angewandt werden. Und was die Franzosen betreffe, so könnten ihre russischen Freunde überzeugt sein, daß sie sich lieber das Herz herausreißen lassen als auch nur um Zollbreite von ihrem Standpunkt in der Frage der organischen Autonomie abweichen würden. Würden die Russen anderes erwarten und in ihrem Irrtum verharren, so wäre das unerklärliche Blindheit. Doch wie könnte man sich darüber wundern, da man wisse, daß sie sich über Frankreich durch die gewerbemäßige Lüge unterrichten ließen. Auf der Beibehaltung ausgehaltener Verleumdungen in Frankreich beharren zu wollen, wäre ein anderer, nicht weniger unheilvoller Irrtum! Und niemals werde man verstehen, daß es gerade das Blatt Zaurès ist, das diesem infamen Werke diene. Doch die Russen hätten ja schon so große Anstrengungen gemacht, daß es erlaubt sei zu hoffen, sie würden auch noch die Anstrengung machen, sich von betrüblichen Interpretationen zu befreien, die sich zwischen sie und die französische Arbeiterklasse drängten.

D. kommt dann noch auf die russische Revolution selbst zu sprechen und bittet die Russen, sie nicht immer als erfüllt zu bezeichnen, denn man wisse ja, daß sie dazu außerstande waren. Daß sie sie verfehlt hätten, sei anzuerkennen und ehre sie für immer. Doch sie sollten die Erfolge nicht übertreiben. Sie hätten getan, was sie konnten in dem Zustande, in dem sich ihr Land befand und das Maximum des Erreichbaren verwirklicht. Und die Rückschritte, die sie tun müßten, könne man mit ihnen nur bedauern, doch nicht ungeschehen machen. Sie sollten auf Praktiken verzichten, die wir niemals dulden können, anerkennen, daß unsere Haltung und unsere Aktion den ökonomischen Notwendigkeiten entsprechen, „die für uns zum Gesetz werden, wie sie auch in Rußland Gesetz sind, daß wir auf gutem Wege sind, indem wir uns nicht an rein politische Auffassungen halten. Und diese Gerechtigkeit gegenseitig ühend, können wir das Band von neuem knüpfen für das Wohl der sozialen Zukunft, die emigrierenden Bänder der französisch-russischen Solidarität.“

Das Existenzminimum im Oktober 1922.

Von Dr. R. Kuczyński.

Die Kosten des Existenzminimums waren in Groß-Berlin im Oktober um etwa drei Fünftel höher als im September, reichlich 2 1/2 mal so hoch wie im August, reichlich viermal so hoch wie im Juli, reichlich 6 mal so hoch wie im Juni und annähernd 20 mal so hoch wie im Oktober 1921.

Rationiertes Brot kostete 6 1/2 mal soviel wie vor einem Jahre, Kartoffeln 8 mal soviel, Milch 14 mal soviel, Graupen 16 mal soviel, Zucker und Biskuits 18 mal soviel, Margarine 19 mal soviel, Reis, Bohnen und Erbsen 20 mal soviel, Speck 21 mal soviel, Gas 23 mal soviel, Büchsenfleisch 24 mal soviel, Brot im freien Handel 25 mal soviel, Salzheringe 30 mal soviel. (Wesentlich schwächer als für diese Lebensmittel war die Steigerung für Miete.)

Beifiziert man den täglichen Nahrungsbedarf eines Kindes von 6 bis 10 Jahren auf 1600 Kalorien, den einer Frau auf 2400 Kalorien und den eines Mannes auf 3000 Kalorien, und beschränkt man sich bei der Deckung dieses Bedarfs so weit als tunlich auf die billigsten Nahrungsmittel, so stellt sich der wöchentliche Mindestbedarf für ein Kind von 6 bis 10 Jahren auf 357 Mk., für eine Frau auf 864 Mk., für einen Mann auf 1242 Mk. (Die gleichen Nahrungsmengen kosteten im Oktober 1913 für eine Kind 1,49 Mk., für eine Frau 3,04 Mk., für einen Mann 3,94 Mk. Tatsächlich war aber das Existenzminimum vor neun Jahren billiger, weil z. B. billiger Zucker und billige Kartoffeln damals in unbegrenzten Mengen zur Verfügung standen. Im Einklang mit der Berichtserstattung für die Vormonate werden hier für die Vorkriegszeit angelegt: Kind 1,75 Mk., Frau 2,80 Mk., Mann 3,50 Mk.)

	Preis Oktbr. 1922	Preis Oktbr. 1913
	Mk.	Pf.
1900 Gramm Brot (rationiert)	46,00	46
250 „ Roggenmehl	35,00	7
250 „ Graupen	33,75	10
3000 „ Kartoffeln	40,50	15
1000 „ Gemüse	20,00	16
125 „ Margarine	78,75	20
250 „ Zucker	42,00	12
1 Liter Milch	60,85	23
Zusammen für ein 6- bis 10jähr. Kind	356,85	149
500 Gramm Brot (freier Handel)	63,60	12
250 „ Weizengrieß	39,25	13
250 „ Speisebohnen	37,50	10
500 „ Kartoffeln	6,75	3
1000 „ Gemüse	20,00	16
250 „ Büchsenfleisch	135,00	56
125 „ Speck	126,25	25
125 „ Margarine	78,75	20
Zusammen für eine Frau	863,95	304
500 Gramm Reis	94,00	22
250 „ Erbsen	40,00	10
125 „ Speck	126,25	25
250 „ Salzheringe	39,00	13
125 „ Margarine	78,75	20
Zusammen für einen Mann	1241,95	394

Rechnet man für den Mindestbedarf an Wohnung den Preis von Stube und Küche, für Heizung 1 Zentner Britetts und für Beleuchtung 6 Kubikmeter Gas, so ergeben sich als Wochenbedarf für Wohnung 32 Mk. (1913/14: 5,50 Mk.), für Heizung 340,50 Mk. (1,15 Mk.), für Beleuchtung 189,90 Mk. (0,75 Mk.).

Für Bekleidung, d. h. für Beschaffung und Instandhaltung von Schuhwerk, Kleibern und Wäsche, sind mindestens anzusetzen: Mann 988 Mk. (2,50 Mk.), Frau 659 Mk. (1,65 Mk.), Kind 329 Mk. (0,85 Mk.).

Für alle sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben (Wäsche, Reinigung, Fahrgehalt, Steuern usw.) wird man einen Zuschlag von 32 Proz. (1913/14: 25 Proz.) machen müssen.

Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich somit für Groß-Berlin:

Table with 4 columns: Category, Mann, Ehepaar, Ehepaar mit 2 Kindern. Rows include Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung, Bekleidung, Sonstiges, and monthly/quarterly totals for 1922 and 1913/14.

(Für die einzelnen Monate der Jahre 1920 bis 1922 vergleiche mein Buch „Verbraucher und Wänter“, Berlin 1922.)

Auf den Arbeitstag umgerechnet, beträgt der notwendige Mindestverdienst im Oktober 1922 für einen alleinstehenden Mann 614 Mk., für ein kinderloses Ehepaar 949 Mk., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 6 bis 10 Jahren 1251 Mk. Auf das Jahr umgerechnet beträgt das Existenzminimum für den alleinstehenden Mann 192 300 Mark, für das kinderlose Ehepaar 297 150 Mk., für das Ehepaar mit zwei Kindern 391 650 Mk.

Vom letzten Vorkriegsjahr bis zum Oktober 1922 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinstehenden Mann von 16,75 auf 3686 Mk., d. h. auf das 220,1fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,30 auf 5696 Mk., d. h. auf das 255,4fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,80 auf 7508 Mk., d. h. auf das 260,7fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, war die Mark in der Oktober etwa 2/3 Pf. wert.

Infolge der ungeheuren Preissteigerung im Laufe des Berichtmonats waren die Kosten des Existenzminimums in der zweiten Oktoberhälfte besonders hoch: sie waren fast 1 1/2 mal so hoch wie in der ersten Oktoberhälfte, fast doppelt so hoch wie im September und etwa 23mal so hoch wie im Oktober 1921.

Rationiertes Brot kostete 11mal soviel wie vor neun Jahren, Milch 297mal soviel, Kartoffeln 300mal soviel, Britetts 319mal soviel, Zucker 375mal soviel, Bohnen und Erbsen 450mal soviel, Margarine 500mal soviel, Reis 545mal soviel, Gas 547mal soviel, Speck 620mal soviel, Brot im freien Handel 706mal soviel.

Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich:

Table with 4 columns: Category, Mann, Ehepaar, Ehepaar mit 2 Kindern. Rows include Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung, Bekleidung, Sonstiges, and monthly/quarterly totals for 1922.

Auf das Jahr umgerechnet, beträgt das Existenzminimum für einen alleinstehenden Mann 227 900 Mk., für ein kinderloses Ehepaar 352 350 Mk., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 6 bis 10 Jahren 462 750 Mk.

Vom letzten Vorkriegsjahr bis zur zweiten Oktoberhälfte 1922 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinstehenden Mann auf das 260,8fache, für ein kinderloses Ehepaar auf das 303,8fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern auf das 308,0fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, war die Mark in der zweiten Oktoberhälfte etwa 2/10 Pf. wert.

Die norwegischen Gewerkschaften im Jahre 1921.

(OGB.) Im „Sozialdemokraten“, dem Zentralorgan der kommunistischen Partei Norwegens, veröffentlicht der Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes, Ole O. Blihan, einen Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften im Jahre 1921.

Nach diesem Bericht betrug die Mitgliederzahl zu Anfang des Jahres 142 642. Schon während 1920 konnte ein Rückgang der Mitgliederzahl festgestellt werden, indem die Gewerkschaften in diesem Jahre 1284 Mitglieder verloren. Im Jahre 1921 hat sich der Mitgliederverlust in verstärkter Maße geltend gemacht, und beim Jahreswechsel 1921/1922 zählten die Gewerkschaften nur noch 95 965 Mitglieder in 34 Verbänden mit 1590 Verwaltungsstellen. Die Zahl der Verwaltungsstellen hat sich um 265, die der Mitglieder um 46 667 oder 32,31 Proz. vermindert. Nach der Statistik für Mai 1922 ist diese Zahl in den ersten fünf Monaten des Jahres noch weiterhin auf 88 443 zurückgegangen.

Von den größeren Verbänden haben Mitglieder verloren der Verband der ungelerten Arbeiter 15 160 oder 48,5 Proz., Metallarbeiterverband 6428 oder 30,7 Proz., Holzarbeiter 3060 oder 35,2 Proz., Transportarbeiter 2953 oder 27,8 Proz., Matrosen und Heizer 2733 oder 59 Proz., Eisenbahner 2604 oder 30,3 Proz., Papierindustrie 2420 oder 21,6 Proz., Schneider 1656 oder 49,7 Proz., Wald- und Landarbeiter 1627 oder 72,7 Proz. und der Sägewerksarbeiterverband 1492 oder 26,3 Proz.

Diese zehn Verbände haben demnach allein einen Verlust von 40 130 Mitgliedern zu verzeichnen. Nur der Maurerverband konnte seine Mitgliederzahl erhöhen, und zwar um 241. Die Buchdrucker verloren nur 48 oder 1,6 Proz., die Lithographen 42 und die Steinhauer 12 Mitglieder.

Es fanden während des Jahres 424 Lohnbewegungen mit 69 020 Beteiligten statt. Abgeschlossen wurden 301 Tarifverträge für 49 217 Arbeiter. In 207 Fällen kam es zu Arbeitskämpfen, woran 41 752 Arbeiter teilnahmen. Hierdurch gingen 2 217 786 Arbeitstage verloren.

An Streikunterstützung wurden 3 746 000 Kronen verausgabt.

Nur für 413 Arbeiter wurden Lohnhöhungen erreicht. Für 9594 konnten die Tarifverträge verlängert werden, und 35 256 Arbeiter wurden Lohnherabsetzungen zuteil, die im Durchschnitt 79,65 Kronen pro Arbeiter und Jahr betragen. Der Lohnabzug betrug zwischen 3 bis 30 Proz.

Durch Arbeitslosigkeit gingen 3 995 545 Arbeitstage oder 49 Tage pro Mitglied verloren. An Reise- und Arbeitslosenunterstützung wurden von 27 Verbänden 12 851 064 Kronen ausbezahlt.

Die Einnahmen der angeschlossenen Verbände betragen 20 204 997, die Ausgaben 21 869 806 Kronen.

Ausperrung der Arbeiter und Arbeiterinnen der Plüsch- und Möbelstofffabrik August Hübsch, Chemnitz, Wilhelmstr.

Nachdem die Verhandlungen zwischen dem Deutschen Textilarbeiterverband und dem Verband von Arbeitgebern der sächsischen Textilindustrie über die eingereichte Lohnforderung ab 15. Oktober zu keinem Ergebnis geführt hatten, wurde durch ein Schiedsgericht beim sächsischen Arbeitsministerium ein Schiedsspruch gefällt, wonach vom 16. bis 31. Oktober 52 Prozent und vom 1. bis 17. November 80 Prozent Lohnaufbesserung auf die bestehenden Grundlöhne erfolgen sollte. In fast sämtlichen Textilbetrieben sind die auf Grund des Schiedspruches neu festzusetzenden Akkordlöhne reibungslos zwischen den Betriebsräten und den Betriebsleitungen vereinbart worden. Bei der Firma Hübsch war bis zum 1. November eine Regelung der Akkordlöhne für die Plüschweber noch nicht erfolgt. Die Arbeiterschaft drängte auf Verhandlung und rückte am 2. November die Webstühle aus. Anstatt nun Verhandlungen mit dem Betriebsrat zu pflegen, um die Angelegenheit schnellstens zu regeln, ließ Herr Hübsch erklären, wer bis 10 Uhr die Arbeit nicht wieder aufgenommen hätte, gelte als entlassen. Als um 10 Uhr vormittags die Arbeiter die Arbeit nicht aufnahmen, wurden sie ausgesperrt und mußten den Betrieb verlassen. Am 7. d. M. fand eine Verhandlung zwischen beiden Organisationsvertretern, Herrn Hübsch, und dem Arbeiterrat über eventuelle Beilegung der Differenz statt, welche zu keinem Ergebnis führte. Herr Hübsch erklärte, die Arbeiter sind entlassen, wen ich einstellen will, bestimme ich. Die Arbeit kann am Mittwoch, den 8. November, früh 7 Uhr, aufgenommen werden, jedoch mit der Bedingung, daß die Arbeiter Schreyer, Waltherr, Ott und Frau Meyer nicht wieder eingestellt werden. Die Belegschaft der Firma Hübsch nahm in einer Versammlung hierzu

Wie eine Republik beurteilt werden kann. Ich sah, wie es in meiner Republik Menschen gab, die dieses Wort zu einer hohlen Phrase machten und damit umherzogen, wie die Dinen, die zum Jahrmart gehen, etwa ein leeres Körbchen am Arm tragen. Andere betrachteten die Begriffe Republik, Freiheit und Vaterland als drei Ziegen, die sie unablässig molken, um aus der Milch allerhand Ziegelmilch zu machen, während sie scheinheilig die Worte gebrauchten, genau wie die Phariseer und Turtliffe. Andere wiederum, als Anechte ihrer eigenen Leidenschaften, witterten überall nichts als Anechtenschaft und Verrat, gleich einem armen Hunde, dem man die Nase mit Quarkkäse verstrichen hat und der deshalb die ganze Welt für solchen hält. Auch dieses Anechtenschaftswittern hatte einen gewissen kleinen Verkehrswert, doch stand das patriotische Eigenlob immerhin noch höher. Gottfried Keller.

Stellung, erklärte sich mit ihren gemahregelten Kollegen solidarisch und beschloß, die Arbeit unter diesen Bedingungen nicht aufzunehmen. Die Maßnahme der Firma, einige ihrer unliebsame Arbeiter zu mahregeln, sei in der gegenwärtigen schweren Zeit als brutal zu betrachten. Die Arbeiterschaft bekundete durch ihren einmütigen Willen, daß sie gewillt ist, den Kampf fortzusetzen. Die Kollegenschaft der Firma Hübsch bittet die Arbeiterschaft von Chemnitz, strengste Solidarität zu üben und sie in ihrem gerechten Abwehrkampf gegen die Firma zu unterstützen. Arbeitsannahme bei der Firma Hübsch ist zu unterlassen, Zugang von auswärtig fernzuhalten! Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

Soziale Rundschau.

Der gesetzliche Achtstundentag in Schweden.

(OGB.) Die Abteilung für Arbeitsfragen des Schwedischen Sozialdepartements (Sozialstyresen) hat seinerzeit von der schwedischen Regierung den Auftrag erhalten, eine Untersuchung über die Wirkungen des gesetzlichen Achtstundentages in Schweden zu veranstalten.

In einem ausführlichen Bericht wird jetzt das Ergebnis dieser Untersuchung bekanntgegeben. Es wird in dem Bericht hervorgehoben, daß es bei den jetzigen großen Schwankungen im Wirtschaftsleben fast unmöglich ist, ein objektives Urteil über die Wirkungen des Gesetzes zu fällen. Während von Arbeitgeberseite betont wird, daß das Gesetz als ein großes Unglück für das ganze Land zu betrachten sei, bezeichnen die befragten Arbeiterorganisationen es als einen großen sozialen Fortschritt, als das beste Gesetz, das jemals für die Arbeiter geschaffen worden sei. Es wird weiter hervorgehoben, daß das Gesetz die Verbesserung der technischen und organisatorischen Einrichtungen in den Betrieben kräftig fördert, wenn auch zugestanden werden muß, daß die Produktionskosten im allgemeinen erhöht worden und einigen Betrieben, hauptsächlich innerhalb des Transportgewerbes, Schwierigkeiten entstanden sind.

Die Behauptung, daß der Achtstundentag gleichzeitig eine Herabsetzung der Arbeitsintensität bewirkt hat, ist durch eine Spezialuntersuchung in einigen Betrieben besonders untersucht worden. An Hand dieser Untersuchung wird festgestellt, daß diese Behauptung im allgemeinen nicht zutrifft und daß die Arbeitsintensität sich im Gegenteil dauernd erhöht.

Nach Ansicht der Verfasser des Berichtes sind die Wirkungen des Gesetzes im allgemeinen als zufriedenstellend zu bezeichnen, und er empfiehlt deshalb der Regierung, die Geltungsdauer des Gesetzes um drei Jahre zu verlängern. Es werden jedoch einige kleinere Veränderungen vorgeschlagen, u. a. daß die Zahl der erlaubten Ueberstunden von 30 auf 40 pro Kalendermonat erhöht wird, jedoch soll die bisherige Bestimmung, die nicht mehr als 200 Stunden jährlich zuläßt, bestehen bleiben.

Der Preis spielt keine Rolle.

Mit dem deutschnationalen Parteitag in Görlitz war eine Tagung der „deutschnationalen Arbeiterschaft“ verbunden. Vor ihr hielt der Reichstagsabgeordnete Behrens, ein Führer der christlichen Gewerkschaften, einen Vortrag über Landwirtschaft und Arbeiter, wobei er sich (laut „Deutscher Zeitung“), den schönen Satz leistete:

Der Preis spielt keine Rolle, wohl aber, daß genügend Borräte vorhanden sind — das ist das lösende Problem.

Die von Behrens vertretenen Arbeiter, für die der Preis von Brot, Fleisch und Kartoffeln „keine Rolle spielt“, verdienen die höchste Klasse des Intelligenzordens.

Vorstehendes schreibt die „Welt am Montag“ in ihrer Nr. 45 vom 6. November. Hierzu ist noch folgendes bemerkenswert: 380 Angestellte der christlichen Arbeiterschaft, davon 79 Gewerkschaftsangestellte, sind aktive Mitglieder der Deutschnationalen Partei. Die Frage wäre wohl am Platze, ob diese 380 „Arbeitervertreter“ der gleichen Meinung sind wie Behrens.

Erhöhung der Teuerungszulage für Kriegsbeschädigte.

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten schreibt: In der Frage des Ausgleichs der Teuerung bei den Bezügen der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen ist bis jetzt mit Zustimmung des Reichstags immer so vorgegangen worden, daß nur die besonders Bedürftigen Teuerungszuschüsse durch die amtlichen Fürsorgestellen gezahlt er-

hielten. Der größte Teil der Kriegsbeschädigten ist dadurch leer ausgegangen. Nunmehr sind die verschiedentlich von der Arbeitsgemeinschaft der im Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge vertretenen Verbände unternommenen Schritte von dem Erfolge begleitet gewesen, daß die Reichsregierung sich einer allgemeinen Rentenerhöhung nicht mehr ablehnend gegenüberstellte. Die nach § 87 des Reichsversorgungsgesetzes zustehende Teuerungszulage, die seit Mai 1921 nicht mehr erhöht worden ist, soll vorbehaltlich der Zustimmung eines Ausschusses des Reichstags von 35 auf 70 Proz. mit Wirkung vom 1. Oktober erhöht werden. Da dies einer Verdoppelung der gegenwärtig zahlbaren Bezüge entspricht und die Renten für den Monat Oktober schon gezahlt waren, sollte bei der Novemberzahlung der dreifache Rentenbetrag gewährt werden. Daß diese Erhöhung gegenüber der seit der letzten Erhöhung um das Zehnfache gestiegenen Teuerung nicht ausreicht, ist von der Arbeitsgemeinschaft in der letzten Sitzung betont worden.

Die nur an die besonders Bedürftigen durch die Fürsorgestellen zahlbaren Teuerungszuschüsse, auf die ein in Spruchverfahren verfolgbarer Rechtsanspruch nicht gegeben ist, sollten ebenfalls mit Wirkung vom 1. Oktober durchgehends um zwei Drittel des früheren Betrages erhöht werden. Damit erhöhen sich auch die Einkommensgrenzen, die für die Gewährung dieser Teuerungszuschüsse maßgebend sind.

Der Verband sozialer Baubetriebe erhöht sein Stammkapital.

In der Gesellschaftsversammlung des Verbandes sozialer Baubetriebe am 17. Oktober wurde das Stammkapital dieses Verbandes von 7 600 000 Mk. auf 25 Millionen Mark erhöht. Von dem neuen Stammkapital übernahm der Deutsche Bauarbeiterverband aus seinen Sozialisierungsbeiträgen 12 829 000 Mk., der Verband der Bergarbeiter 1 200 000 Mk., der Fabrikarbeiterverband 1 000 000 Mk., der Holzarbeiterverband 900 000 Mk., der Transportarbeiterverband 500 000 Mk., der Verband der Maler 310 000 Mk., der Zentralverband der Zimmerer 200 000 Mk., der Zentralverband der Dachdecker und der Bund der technischen Angestellten und Beamten je 100 000 Mk. Der Rest wurde von den Verbänden der Maschinenisten und Heizer, Sattler und Tapezierer, Steinarbeiter, Töpfer, Steinseher, dem Deutschen Polierbund und einigen Bauhüttenbetriebsverbänden aufgebracht. Weitere Mittel im Betrage von mehreren Millionen Mark sind bereits jetzt auf die nächste Stammkapitalerhöhung gesichert und mehrere Gewerkschaften haben die Zeichnung beträchtlicher Summen in Aussicht gestellt.

Tagung der Internationalen Vereinigung für Arbeiterschutz.

Am 13. Oktober d. J. trat in Genf die 10. Delegiertenversammlung der Internationalen Vereinigung für Arbeiterschutz zusammen. Es waren Vertretungen anwesend aus: Belgien, Dänemark, Deutschland, England, Finnland, Frankreich, Italien, Japan, Mexiko, Luxemburg, den Niederlanden, Norwegen, Oesterreich, Polen, Schweiz, der Tschechoslowakei und Ungarn. Ferner hatte das Internationale Arbeitsamt eine Vertretung entsandt. Die Delegation Deutschlands bestand aus Prof. Heyde für die Regierung, Wisell, Aufhäuser, Giesberts, Prof. Rißmann und Henseler für die deutsche Section der Vereinigung.

Der Nationalratsdeputierte Lachenal eröffnete die Sitzung mit einem in warmherzigen Worten gesprochenen Nachruf für Prof. Ernst Franke, der jahrelang an führender Stelle der Internationalen Vereinigung gewirkt hat und in der Berichtsperiode verstorben ist. Auch die folgenden Redner aus verschiedenen Ländern rühmten Franke große Verdienste um die Förderung der Sozialpolitik. Namens der deutschen Delegation dankte Prof. Heyde für die Nachrufe.

Alsdann erfolgte die Bildung des Bureaus, in das der bisherigen Leitung gemäß Mitglieder der schweizerischen Delegation gewählt wurden. Paul Lachenal wurde zum Vorsitzenden, der bekannte Arbeiterführer Greulich zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Entsprechend der Gliederung der Tagesordnung bildete die Delegiertenversammlung vier Kommissionen, die sofort ihre Beratungen aufgenommen haben. In die Kommission I für organisatorische Fragen wurden von deutscher Seite Giesberts, Heyde, Rißmann, in die Kommission II für das Betriebsrätemwesen Aufhäuser, Wisell, Giesberts, in die Kommission III für den gesetzlichen Arbeiterschutz Aufhäuser, Heyde, in die Kommission IV für den Schutz der Hafenarbeiter Wisell, Rißmann entsandt.

Wirtschaftliches.

Frankreichs Finanzlage.

Der Bericht der französischen Finanzkommission über die Finanzlage des Staates zeigt, daß diese eine außerordentlich ungünstige ist. Frankreich hat im Jahre 1921 mehr als 29 Milliarden Francs, im Jahre 1922 aber über 31 Milliarden Francs Anleihen aufgenommen, und voraussichtlich muß es in den nächsten drei Jahren weitere 75 Milliarden Francs aufnehmen. Die Zinsen der Anleihen werden 19 Milliarden Francs betragen. Eine enorme Summe angelehnter Tatsachen, daß sämtliche Einnahmen für 1923 höchstens den Betrag von 18 Milliarden Francs erreichen können. Das französische Budget zerfällt in zwei Teile: in ein ordentliches und in ein außerordentliches Budget. Das ordentliche Budget dürfte nach dem Bericht für 1923 ein Defizit von mindestens 3895 Francs aufweisen. Nach den Berechnungen des sozialistischen Abgeordneten Vincent Aurioi erreichte das Defizit des ordentlichen Budgets bereits jetzt 5 1/2 Milliarden, mehr als die großen Defizite vor dem Kriege. Nach ihm wird sich dieses Defizit für das nächste Jahr um drei Milliarden erhöhen und wird in drei Jahren 10 Milliarden betragen. Das außerordentliche Budget ist auf die Leistungen Deutschlands gegründet. Deutschland sollte demnach jährlich 26 Milliarden Goldmark Reparationszahlung leisten; eine für Deutschland unerschwingliche Summe. Trotzdem sollte dieselbe nach dem Bericht für die Ausgaben nicht ausreichen, da die außerordentlichen Ausgaben für den Wiederaufbau und Pensionen usw. einen viel höheren Betrag darstellen. Frankreich unterhält das größte Heer in Europa, sein Steuersystem ist das rückständigste und beim Wiederaufbau der zerstörten Gebiete treiben Schieber und Konjunkturgewinnler ihr Unwesen. Daher die französischen Finanzschwierigkeiten trotz der verhältnismäßig sehr günstigen wirtschaftlichen Lage dieses Landes. Dennoch kann es aber nicht verkantet werden, daß Frankreich, obwohl es vorläufig noch keine Zinsen nach seinen Auslandsschulden bezahlt, auf eine internationale Regelung der Kriegsschulden zur Sanierung seiner Finanzen angewiesen ist. Frankreich, indem es bisher durch seine gewalttätige Reparationspolitik Deutschland in den Ruin gestürzt hat, schnitt in sein eigenes Fleisch. Seine gegenwärtige finanzielle Lage ist ein Beweis dafür.

Die Wirtschaftslage in Rußland.

Für Rußlands Volkswirtschaft waren im Oktober 1922 folgende Dinge wichtig: Die Umstellung der staatlichen Großindustrie „auf Geschäftsbasis“, die Entlastung der Mittel- und Kleinindustrie, die Wiedergeburt des Kredit (neben der Staatsbank und der Genossenschaftsbank hat sich im Oktober die Industriebank auf halbprivater Grundlage gebildet), das Börsen- und Messwesen, die Rückkehr von Natural- zu Geldsteuern, diese ganze „neue ökonomische Politik“ hat dem Wirtschaftsleben manche Kapitalkräfte zugeführt. Doch bleibt die Frage der Teilnahme ausländischen Kapitals dringend. Der Oktober hat überraschenderweise die Verluste einer russisch-französischen wirtschaftlichen Annäherung mit sich gebracht; siehe die Kemal-Pascha-Woche, die Kundgebungen der französischen Handelskammern und der russischen Politiker. Die Besserung der russischen Wirtschaftslage ist aber durch die unter der Erwartung ausgefallene Ernte wieder gehemmt worden. Die Preise, die im Sommer einen

Stillstand zeigte, schneellen wieder in die Höhe. Die russischen auf Gold lautenden Anleihen sind zwar im Zustand gestiegen, der Papierwandel selbst ist aber wieder (im Monat um 50 Proz.) weiter gesunken. Die Aufnahmefähigkeit Rußlands für die europäischen Waren wird daher für diesen Winter wieder in Frage gestellt, während die Exportmöglichkeiten vorläufig auch nur ganz gering sein können.

Gesundheitswesen.

Krankheit und Gesundheit.

Ohne tieferes Wissen vom Wesen der Krankheit und der Wirkungsweise der Heilmittel, konnten auf dem Wege der Erfahrung wertvolle Beobachtungen gesammelt werden, aber sie standen jede für sich allein, weil das geistige Band fehlte. Und doch ist auf keinem Gebiete menschlichen Tuns die Kenntnis der Zusammenhänge notwendiger als in der Heilkunde, weil die einzelnen kranken Menschen nicht Normen, Typen darstellen, sondern weil jeder Krankheitsfall für sich eine kombinierende, auf genauer biologischer Kenntnis der normalen und der krankhaften Vorgänge beruhende Beurteilung fordert; denn nicht Krankheiten gilt es zu behandeln, sondern kranke Menschen.

Ein Teil der Biologie ist auch die Lehre von den Heilmitteln, sowohl nach ihrer allgemeinen Wirkung hin, als auch in bezug auf den besondern Angriffspunkt im Körper, von dem aus sie wirken. Es ist nicht nötig, daß dieser Angriffspunkt das erkrankte Organ ist. Bei dem Zusammenhange aller Vorgänge im Körper ist es sehr wohl möglich, auf einem Umwege heilend auf eine erkrankte Stelle einzuwirken, an die man direkt nicht herankommen kann. Schlaf-, Beruhigungs- und Betäubungsmittel sind nicht nur Linderungsmittel, sondern wahre Heilmittel mit indirekt heilender Wirkung. Allen diesen Mitteln aber, ob sie aus dem Pflanzen-, Tierreich oder der Natur des Chemikers hervorgegangen sind, ist gemeinsam, daß sie mittelbar oder unmittelbar ein erkranktes Organ heilsam beeinflussen, ohne indessen die eigentliche Krankheitsursache zu treffen. Eine solche arztliche Wirkung entfalten die Mittel der spezifischen Behandlung. Diese sind nicht durch einfache Beobachtung und Erfahrung, sondern durch Laboratoriumsexperiment gefunden. Nach dem gegenwärtigen Stande unseres Wissens gehören zu den spezifischen Methoden der Krankheitsbehandlung die Immunisierungs-, die Chemo- und die Organotherapie.

Das der Immunisierungs- und Chemotherapie zugängliche Gebiet betrifft die ansteckenden Krankheiten. Ihre Zahl ist größer als gewöhnlich angenommen wird, und der Name ist überdies irreführend. Lebende Erreger pflanzlicher und tierischer Natur sind die Ursache der ansteckenden Krankheiten. Jedoch ebenso wie nicht jede durch einen der pflanzlichen Erreger (Bakterien) verursachte Krankheit von Mensch zu Mensch übertragbar ist, bedeutet auch die Anwesenheit von Krankheitserregern noch lange nicht Kranksein. Andererseits werden viele Krankheiten, die nur auf ein oder wenige Organe beschränkt sind, durch lebende Erreger hervorgerufen, sei es, daß nur dies eine Organ angesteckt ist oder daß von einer früheren Ansteckung her übriggebliebene Erreger im Körper schlummern und zu neuer unheilvoller Tätigkeit an einer bestimmten Stelle erwachen. Es ist als ein Triumph biologischer Forschung zu buchen, die wahre Ursache vieler derartiger Erkrankungen aufgedeckt zu haben, die noch vor nicht gar zu langer Zeit als selbständige Krankheiten betrachtet wurden; heute sind sie als das bekannt, was sie in Wahrheit sind: Spätererscheinungen vor Jahren vorangegangener Ansteckungen.

Der Weber.

Wo man fern in Schlesien ein Gebirge sieht,
Wo kein Weinstock und kein edler Baum mehr blüht,
Dort, wo man einsam lebt, wo Gelde frei,
Dort ist die schöne Weberei!

Wo lange Winter, Kälte, Schnee und Stürme brausen
Und im Sommer Donner, Blitz und Nebel haufen,
Wo den Deutschen drücken Leiden allerlei,
Da ist die schöne Weberei!

Wo man auf hohen Bergen und auf steilen Höhen
Sieht bald da, bald dort ein Hütchen stehn,
In jedem Weberhütchen zwei bis drei,
Da ist die schöne Weberei!

Wo ein jeder Häusler, Bauer und Bürger Weber ist,
Frisches Wasser trinkt und Wasserluppe ist,
Gesund und fröhlich lebt dabei,
Da ist die schöne Weberei!

Wo hübsche Mädchen hinterm Webstuhl sitzen,
Für zwei Groschen dort die ganze Woche schweben,
Baumwollwaren weben mancherlei,
Dort ist die schöne Weberei!

Wo hundertzwanzig Ellen zweiundneunzig ist,
Wo man die Waren hängend ohne Elle mißt,
Mit Mikroskop und Waage prüft nebenbei,
Dort ist die schöne Weberei!

Wo man wirft, spulet, knüpft Tag und Nacht,
Wo man zwei Ellen Ware für einen Pfennig macht,
Baumwolle kochet, stärkt, pudert noch dabei,
Dort ist die schöne Weberei!

Wo man in jedem Haus ein starkes Klappern hört,
Das feinste Weizenmehl auf Baumwollgarne schmiert,
Und Schwarzmehlkloße schmauht ohne Scheu,
Da ist die schöne Weberei!

Wo der arme Weber sich rechtlich plagt,
Bei Fleiß und Sparsamkeit an Hungertuche nagt,
Zuletzt beschuldigt wird der Dieberei,
Dort ist die schöne Weberei!

Wo doch kein Mensch die liebe Heimat gern verläßt,
Und der Abschied heiße Tränen ihm erpreßt,
Wo man doch gerne weilt und singt dabei:
Vivat! Es lebe hoch die Weberei!

Berichte aus Fachreisen.

Barmen. Der Kollege Emil Gerlach, Barmen, war am 29. Oktober 1922 25 Jahre Mitglied unseres Verbandes. Wir wünschen, daß der Kollege noch lange unter uns bleiben wird und nach wie vor im Interesse unseres Verbandes sich betätigt.

Elberfeld. In der Weberei Heuser, Elberfeld, Uellendächer Str. 468a, scheint man es nicht gerne zu sehen, daß die Arbeiterinnen sich der Organisation anschließen, auch kann man sich nicht damit vertraut machen, daß eine gesetzliche Vertretung der Arbeiterschaft besteht. Wie unangenehm der Betriebsrat der Firma zu sein scheint, weil durch dessen Austritt ihre bis jetzt innegehabte unbeschränkte Machtbefugnis beschnitten wurde, geht aus Äußerungen des Meisters Jannas hervor. Er soll sich nämlich nach Angaben glaubwürdiger Zeugen dahin ausgesprochen haben, daß gewissen Personen durch Zuweisung schlechterer Arbeit die Erfüllung ihrer Aufgaben erschwert werden müßte. — Der Hilfsmeister Gläser nimmt sich noch mehr heraus; die

Kleinen suchen ja fast immer die Großen zu übertreffen, um bei diesen im Ansehen zu steigen. Am 30. Oktober erschien eine Arbeiterin einige Minuten zu spät zur Arbeit. Er fuhr sie deshalb dermaßen an, daß sie sich einen solchen Ton entschieden verbieten zu müssen glaubte. Das reizte den Herrn so, daß er selbst zu Tätlichkeiten überging, worüber die Arbeiterin sich von dem Arzt Dr. Müller ein Attest ausstellen ließ, das wohl vor Gericht noch eine Rolle spielen wird. Zu unserem Bedauern scheint die Firma nichts gegen die beiden schneidigen Herren unternehmen zu wollen. Na, dann muß die Arbeiterschaft Selbsthilfe walten lassen. — Auch die Gewerbeinspektion sei auf die Firma aufmerksam gemacht, deren Dampfkeffel manchmal schon so trocken war, daß die ganze Belegschaft in Gefahr geriet, mit dem Betriebe aufzukleben. Daß der Kessel zu trocken wurde, kann doch seine Ursache nur darin haben, daß es an sachkundigem Personal für die Bedienung des Kessels fehlt.

Landeshut. Erlebnisse. Die Feier des 25jährigen Stiftungsfestes in vier Lokalen, weil es an einem für solche Zwecke geeigneten Saal fehlt, war keine formale Sache, sondern ein Erlebnis. Von fast allen auswärtigen Mitgliedschaften waren Vertreter anwesend. Im sogenannten „Raiserlaal“, dem größten am Orte, war die Hauptfeier. Die Festrede hielt der Geschäftsführer Kollege Scholz, in der die wichtigsten Ereignisse von der Gründung bis zum Jubiläumstage gewürdigt wurden. Er erwähnte, nicht nur zahlenmäßig eine geschlossene Masse zu sein, sondern noch viel notwendiger sei es, in geistiger Auffassung geschlossen dazustehen, um schwerem Gegendruck nicht nur ein halt gebieten, sondern ihn überwinden zu können. — Die Fahnenweihrede hielt Gauleiter Kollege Frisch. Er erinnerte an den großen Streik im Jahre 1907, den er mitgeführt habe und der durch den guten Geist der Massen siegreich war. Möchte die Fahne stets von diesem Massengeist, wie 1907, umgeben sein! In ein Hoch auf das Blühen und Gedeihen der Filiale stimmte die Masse begeistert ein. Gute Musik, schöner Gesang vom Sängerverein „Vorwärts“ und andere Darbietungen boten den Teilnehmern einige sehr angenehme Stunden. Von den noch der Filiale angehörigen Gründern beteiligten sich an der Feier die Kollegen Rupprecht, Böhm, Wittig, Boruffa, Fint, Otte, Biercksche, Käpelt und die Kolleginnen Frau Rupprecht und Frau Böhm. Zum Andenken wurde jedem Jubilar ein Gruppenbild überreicht.

Zwei Tage später waren die Lohnverhandlungen der Bezirksgruppe Landeshut in Landeshut, wo an erster Stelle über die Löhne für den Monat November für den Gau Schlesien verhandelt wurde. Die bescheidene Forderung von 100 Proz. wurde von den Unternehmern als nicht diskutabel bezeichnet. Alle Hinweise darauf, daß doch alle Preise seit den letzten Verhandlungen weit mehr als um 100 Proz. gestiegen sind, vermochten die Unternehmer vor ihrem ablehnenden Standpunkt nicht abzubringen. Ganz 30 Proz. wollten sie zulegen. Nicht nur wurden die Verhandlungssteine der Arbeiter dadurch aufgebracht, sondern erst recht entstand in der Arbeiterschaft eine große Erregung. Gegen 5 1/2 Uhr sammelten sich vor dem Verhandlungslokal, dem Rathaus, große Massen von Textilarbeitern, die stürmisch volle Bewilligung der gestellten 100 Proz. Lohnhöhung forderten. Um die Unternehmer in ihrem ablehnenden Standpunkt nicht zu bestärken, wurde versucht, die Masse zu zerstreuen, nach Hause zu leiten. Diesem gut gemeinten Rat waren die Demonstranten nicht zugänglich. Immer stürmischer wurde die Aufregung. Den richtigen Ausweg fand unter der Masse keiner. Wenn der Vorschlag keinen Anhang fand, eine Deputation zu bestimmen, die die Forderungen der Arbeiter der Leitung der Verhandlungen überbracht hätte, so zeigt dieser Vorgang, daß man sich noch nicht bewußt war, wie am wirksamsten bei solchen Anlässen die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen sind. Die Situation war so, daß sich die Demonstranten ganz falsch eingestellt hatten, es war keine Demonstration gegen das Kapital, sondern gegen die Arbeitervertrauenspersonen, die diese nicht verdient hatten. Die Disziplinlosigkeit nützt nur den Kapitalisten. Das Drängen der Massen auf raschen Abschluß brachte es zuwege, daß nur der Spitzenlohn festgelegt wurde, alle anderen Fragen blieben unerledigt. Nun verlangte man, daß den auf den Treppen und Fluren des Rathauses dicht gedrängten Massen nach 9stündiger, sehr angestrengter Verhandlung Bericht erstattet werden sollte. Weil dies abgelehnt und auf den nächsten Tag verschoben wurde, begann ein Toben, wie man es noch nicht erlebt hatte. Hängen, Erstickern waren ausgesprochene Ziele einer wildgewordenen, sich nicht mehr beherrschenden Menge. Im Gasthaus „Sonne“, wohin sich ein kleiner Teil begab, ist die notwendige Belehrung gegeben worden.

Am nächsten Tage fand die Mitgliederversammlung statt. Wer nun geglaubt hatte, daß sich der Krach wiederholen würde, war angenehm enttäuscht. Die gut besuchte Versammlung im größten Saale Landeshuts nahm einen tadellosen Verlauf. Innerhalb drei bis vier Tagen haben sich wirklich Erlebnisse abgespielt. Hoffentlich nicht ohne nachhaltige Erkenntnis dessen, was man nicht tun soll.

Nowawes. Am Donnerstag, den 2. November, fand in der Flimmerdiele eine ziemlich gut besuchte außerordentliche Mitgliederversammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes statt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung erbatte der Geschäftsführer Kollege Wolter Bericht von der Lohnverhandlung am 31. Oktober in Berlin. Er schilderte, wie schwer es ist, den Unternehmern klar zu machen, daß auch Arbeiter ein Recht zum Leben hätten, erläuterte, daß es nach langwierigen Verhandlungen gelungen sei, die Arbeitgeber zu bewegen, für die erste Hälfte des November 60 Proz. und für die zweite Hälfte 70 Proz. auf die bestehenden Löhne zuzulegen. Frauen- und Kinderzulagen lehnte die Verhandlungskommission rundweg ab, worauf die Arbeitgeber erklärten, für diesmal würden sie diese Forderung zurückziehen, jedoch solle sich die Verhandlungskommission mit ihren Instanzen in Verbindung setzen, denn bei der nächsten Verhandlung würden sie unbedingt darauf bestehen. Kollege Wolter empfahl der Versammlung, dem Verhandlungsergebnis zuzustimmen, da es doch besser wäre, wenn die Arbeiterschaft so schnell wie möglich in den Besitz des höheren Lohnes kommen würde und nicht erst noch 3 bis 4 Wochen darauf warten müßte, auch wäre das Ergebnis so, daß man sich vorläufig damit abfinden könnte. Die Spitzenlöhne betragen demnach für die Zeit vom 1. bis 15. November für Männer 138 Mk., Frauen 111,90 Mk., vom 16. bis 30. November für Männer 146,60 Mk., Frauen 118,90 Mk. Die Abstimmung ergab dann auch die Annahme gegen wenige Stimmen. Während der Auszahlung der Stimmzettel schilderte Kollege Wolter, weshalb wohl die Arbeitgeber auf der Einführung der Frauen- und Kinderzulage bestanden. Er wies darauf hin, daß es nicht im Interesse der Arbeiterschaft, sondern lediglich im Interesse der Arbeitgeber liegt, was ja auch die Arbeitgeber bei der Verhandlung offen zugegeben hätten, indem sie erklärten, daß sie nicht in der Lage wären, „diese hohen Löhne“ auf die Dauer zu bezahlen, jedoch einsehen, daß für die kinderreichen Familien etwas mehr getan werden müßte. Es handelt sich also bei ihnen darum, den Grundlohn möglichst niedrig zu halten. Kollege Wolter hat an Hand der Streiklisten vom September 1921 festgestellt, daß in der Nowaweser Textilindustrie von etwa 3000 Beschäftigten etwa 500 Männer sind und nimmt nun an, von diesen sind 300 verheiratet, Kinder kommen im Durchschnitt auf 4 1/2 Beschäftigte eines. Wenn die Arbeitgeber nach ihrer Erklärung dieselben sozialen Zulagen geben wollten, wie in der Metallindustrie, so ergibt sich folgendes: 300 Frauen à 4 Mk. = 1200 Mk. pro Stunde, Kinder 222. Rechnen wir jedoch ebenfalls 300 à 6 Mk. = 1800 Mk., so macht das 3000 Mk. pro Stunde. Wenn nun dadurch die Grundlöhne nur um 3 Mk. pro Stunde niedriger gehalten werden, so ergibt sich 3000 Mk. = 9000 Mk. pro Stunde weniger Lohn. Also 3000 Mk. für soziale Zulagen, 9000 Mk. weniger Lohn, mithin ein Gewinn für die Nowaweser und Potsdamer Textilarbeiter von 6000 Mk. pro Stunde, oder 276 000 Mk. pro Woche. Ferner schilderte Kollege Wolter, daß eine alleinstehende Person, die keine Angehörigen hat und deshalb

gezwungen ist, bei fremden Leuten zu wohnen und zu leben, genau soviel braucht, wie ein Ehepaar mit eigenem Hausstand. Auch haben jüngere Leute vielleicht die Absicht, sich später mal einen eigenen Hausstand zu gründen, welches bei den gegenwärtigen Verhältnissen viele Tausende Mark kosten würde, wenn sie sich nur die allernotwendigsten Möbel kaufen wollten. Einige Kollegen, die früher in Betrieben beschäftigt waren, wo soziale Zulagen bestanden, schilderten ebenfalls die Ungerechtigkeit dieses Systems und wiesen darauf hin, daß es durchaus nicht im Interesse der Arbeiterschaft sei, den Soziallohn einzuführen. Die Versammlung lehnte hierauf die Einführung des Soziallohnes einstimmig ab.

Weißenburg i. B. Am 4. November starb nach wiederholtem Schlaganfall unser langjähriges Mitglied Kollege Karl Degenhardt im Alter von 58 Jahren. Wo es galt, das Arbeiterlos zu verbessern, war unser Karl an der Arbeit. Er war auch in der Wohnungskommission tätig. Mehrere Jahre gehörte er unserer Verwaltung an. Als Betriebsobmann zeigte er, daß in ihm der richtige Mann am Platze stand. Schmerzlich empfinden wir den Verlust unseres Mitarbeiters in der Filiale. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Literatur.

Theodor Thomas, „Gib meine Jugend mir zurück“. (Verlag Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer & Co. m. b. H., Berlin SW. 68, Preis geb. 120 Mk.) Dieser „Roman eines Großstadtjungen“ ist eine herbe Anklage. Eine Anklage gegen die menschliche Gesellschaft, die unmenschlich handelt, indem sie breite Schichten ihres Nachwuchses leiblich und moralisch verkommen läßt.

Bekanntmachungen.

Vorstand.

Sonntag, den 19. November, ist der 46. Wochenbeitrag fällig.

Acht Beschluß der Generalversammlung ist ein Stundeneinkommen als Verbandsbeitrag abzuführen.

Geschäftsführer gesucht.

Für die Geschäftsstelle Falkenstein i. B. wird ein Geschäftsführer gesucht. Mit dem Verbandsleben vertraute und für den Posten befähigte Kollegen und Kolleginnen wollen sich mit einem selbstverfaßten und handschriftlich selbst geschriebenen Aufsatz über die Aufgaben eines Geschäftsführers um diese Stelle bewerben. Das Bewerbungsverfahren muß mit dem Kennwort „Bewerbung“ versehen sein und spätestens bis 8. Dezember an den Verbandsvorstand, Berlin O. 27, Magazinstr. 6/7, eingereicht werden.

Bedingungen: Mindestens dreijährige Mitgliedschaft und während dieser volle Beitragsleistung. Gegenwärtig gezahlte Beitragsklasse ist anzugeben. Ferner sind Angaben zu machen über politische Organisationszugehörigkeit. Coll. Zeugnisse wolke man nur in Abschrift beifügen. Gehalt bemißt sich nach den Beschlüssen der vom Beirat eingesetzten Kommission vom August 1922.

Das erste Dienstjahr gilt als Probejahr. Während desselben ist beiderseitig vierwöchige Kündigung zulässig. Der Vorstand.

Zusammenkünfte.

Mitgliederversammlungen.
Fürstenwalde (Spree). Dienstag, 28. November, im Gesellschaftshaus.
Berlin. Stickerbranche. Freitag, 24. November, abends 5 1/2 Uhr, Wallstr. 32, Obleute und Funktionäre.
Berlin. Dekatore. Jeden Freitag von 3—4 Uhr, Stallschreiberstraße 39, Zahlung.
Hainichen. Sonnabend, 25. November.

Adressenänderungen.

Gau Cassel. Biedenkopf. V: Otto Koch, Cäcelshausen 6. Biedenkopf, Lahnsr. 82 1/2. K: Dörs, Biedenkopf, Rottenbachstr. 29.
Gau Barmen. Dülmener. K: A. Püttmann, Ostfeldmarkt 59. Hüls. V: Peter Janßen, Hubertusstr. 5 I.

Gau Stuttgart. Backnang. V: Robert Gier, Staige 8.
Gau Augsburg. M o o s b u r g. K: Martin Lohmayer, Stagenbach 166 1/2.
Schopfloch i. Bay. (Neu.) V: Heinrich Neidlein, Ludwigstraße 1. K: Lina Hilpert, Malerstraße 4.
Gau Dresden. Falkenstein i. B. K: Gustav Tröger, Plauensche Str. 1. Briefe an den Geschäftsführer Otto Meinel, Plauensche Str. 1.
Gau Berlin. Neuruppin. (Neu.) V: Anna Dornberg, Wulffenstr. 16 bei Borsdorf. K: Ida Warenthin, Wulffenstr. 45.

Ortsverwaltungen.

Abhanden gekommene Mitgliedsbücher und -Losen.
Meßersdorf-Wigandsthal. Buch für Martha Reumann, geb. 10. 9. 99 in Dittersbädel in Böbmen, eingetreten 16. 3. 19 in Gohardtsdorf, gehört seit 22. 5. 21 der Filiale Meßersdorf an.

Totenliste.

Gestorbene Mitglieder.
Aachen. Joseph Kößbach.
Bernau. Minna Korn.
Bietigheim. Maria Sachs.
Ebingen. Katharine Kraus.
Freiburg (Schlef.) Bernhard Dinter.
Freystadt (Schlef.) Hermann Hensel.
Jüßen. Josef Lengfelder.
Glauchau. Helene Fischer; Agnes Gehler.
Görlitz. Gertrud Jachisch; Hermann Schölze.
Hamburg. Wilhelm Petersen.
Kempten. Hermann Grob; Walli Fichtmeyer.
Landeshut. Ernestine Futner.
Landeshut - Schömburg. Selma Pfeil.
Leipzig. Henriette Leonhardt.
Sonnentburg. Fr. Helene Schmidt.
Stadoldendorf. Heinrich Blume; Karl Due.
Weißenburg (Bay.). Karl Degenhardt.
Wittstock (Dosse). Christian Staat.
Tschopau. Bruno Süß; Gustav Kößig; Emilie Minna Haale.
Ehre ihrem Andenken!

Neue Beitragsmarken.

Ab 15. November gelangen außer den jetzt geltenden Beitragsmarken auch solche zu 110, 120, 130, 140 und 150 Mk. zum Verkauf.

Berechnungstabellen betreffend.

Auf verschiedene Anfragen zur Mitteilung: Unterstützungsberechnungstabellen und Wertberechnungstabellen für Orts- und Unterkassierer lassen wir bis auf weiteres nicht anfertigen. (Siehe Nr. 43 des „Textil-Arbeiter“.)

Strafporto

wird von uns fortan nicht mehr gezahlt. Man frankiere also die Sendungen an uns zu reichend und gültig; die Marken mit dem Bildnis der Germania haben keine Gültigkeit mehr und ihre Verwendung legt dem Empfänger ebenso Strafporto auf wie eine nicht oder nur unzureichend frankierte Postsendung. Der Vorstand.

Redaktionschluss für die nächste Nummer Freitag, 17. November

Verlag: Karl Hübsch in Berlin, Magazinstr. 6-7. — Verantwortlich für alle selbständigen Artikel Hugo Drefel in Berlin, für alles andere Paul Wagner in Berlin. — Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin.